Winternotprogramm für obdachlose Menschen in Hamburg: Jusos Hamburg kritisieren neue Regelungen der Sozialbehörde und fordern Ausbau des niedrigschwelligen Erfrierungsschutzes

Hamburg, 5. Oktober 2026

Am 1. November startete das Winternotprogramm, ein Übernachtungsangebot der Stadt für obdachlose Menschen, die keine sonstigen Möglichkeiten zur Unterkunft haben. Die Jusos Hamburg kritisieren die Neuregelungen zur Identitätsüberprüfung und zur verpflichtenden Sozialberatung scharf.

Von Anfang November bis Ende März bietet Hamburg jedes Jahr Schlafplätze für bis zu 700 obdachlose Menschen an. Neu in diesem Winter ist jedoch, dass die Besucher:innen das Angebot nicht mehr anonym nutzen können, sondern ihren Namen angeben müssen. Dazu kommt, dass spätestens ab der dritten Übernachtung eine verpflichtende Sozialberatung stattfindet. Dabei werden Ansprüche auf Sozialleistungen ebenso geklärt wie die Möglichkeit, freiwillig in das Heimatland zurückzukehren. Die Jusos Hamburg sehen darin hohe Zugangshürden und befürchten, dass Menschen das Winternotprogramm zukünftig eher meiden und sich so in Gefahr bringen.

Identitätsprüfung und verpflichtende Sozialberatung verdrängen Menschen aus dem Winternotprogramm

Durch fehlende Anonymität könnten Menschen davon abgeschreckt werden, das Angebot zu nutzen, befürchten die Jusos Hamburg. Dabei kann ein Verzicht schnell lebensbedrohlich werden, 2026 gab es in Hamburg mindestens 28 Kältetote.

Besonders abschreckend sind die neuen Regel für Menschen aus dem EU-Ausland. Diese stehen in einem besonderen Fokus der „Sozialberatungsangebote“, ihnen sollen im Rahmen der verpflichtenden Beratung Wege zurück in das Heimatland aufgezeigt werden. Die Jusos Hamburg weisen darauf hin, dass gerade diese Menschen, die meist keinen Zugang zum Sozialsystem in Deutschland haben, besonders schutzbedürftig sind. Aus Angst vor Rückführungen oder Abschiebungen könnten sie das Winternotprogramm zukünftig meiden.

„Was gut gemeint ist, ist nicht immer auch gut gemacht. Der Senat möchte mit den Beratungsangeboten Sozialhilfeberechtigten Menschen helfen, die ihnen zustehenden Leistungen zu empfangen. Stattdessen schafft er Hürden, die Menschen von der Nutzung des Winternotprogramms abhalten.“, so Caro Nann, stellvertretende Landesvorsitzende der Jusos Hamburg.

Das Ende des niedrigschwelligen Erfrierungsschutzes in Hamburg

Für die Jusos Hamburg ist klar, dass das Winternotprogramm mit den neuen Regelungen der Sozialbehörde seinem eigentlichen Zweck nicht mehr gerecht werden kann. Die Stadt selbst bezeichnet das Programm auch als „Wintererfrierungsschutz“. Das Angebot dient nicht der langfristigen Unterbringung oder der Stabilisierung der obdachlosen Menschen, die Plätze werden jeden Abend neu vergeben und ein Aufenthalt ist tagsüber grundsätzlich nicht möglich. Jede Maßnahme, die Menschen davor abschrecken könnte, das Winternotprogramm zu nutzen, ist ein Schritt weg vom lebensnotwendigen Erfrierungsschutz.

Dazu Janne Roehsler, Landesvorsitzende der Jusos Hamburg: „Wenn die Sozialbehörde grundlegenden Erfrierungsschutz an Bedingungen wie die verpflichtende Sozialberatung knüpft, dann gefährdet sie Menschenleben. Eine Beratung kann ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einem geregelten und selbstbestimmten Leben sein – sie darf aber nicht darüber entscheiden, wer ein warmes Bett bekommt und wer nicht.“

Weniger Tote auf Hamburgs Straßen durch Ausbau der Hilfsangebote

Die Jusos Hamburg fordern statt Identitätsangabe und Beratungspflicht einen Ausbau der Hilfsangebote und verweisen auf das Ziel, Obdachlosigkeit bis 2030 zu beenden. Sowohl die Stadt als

auch der Bund haben sich diesem Ziel verschrieben, dennoch steigt die Zahl der obdachlosen Menschen weiter an. Schätzungsweise 3.800 von ihnen leben in Hamburg. Für sie möchten die Jusos Hamburg mehr niedrigschwellige und direkte Hilfe wie etwa „Housing First“-Angebote. Verschiedene Studien zeigen eindeutig, dass bedingungslos bereitgestellter Wohnraum das effektivste Mittel ist, um Menschen langfristig aus der Obdachlosigkeit zu holen. Das bestehende Winternotprogramm soll zudem auch tagsüber grundsätzlich geöffnet haben und so effektiveren Schutz vor Kälte bieten, fordern die Jusos Hamburg.

„Die Stadt muss endlich langfristig denken. Jedes Jahr im November das Winternotprogramm zu öffnen und auf das Beste zu hoffen wird nicht dazu beitragen, Obdachlosigkeit bis 2030 zu beenden. Der Senat muss stattdessen einen umfassenden Plan entwickeln und dabei insbesondere auf Housing First setzen. Sonst droht Hamburg, das Ziel 2030 um Jahrzehnte zu verfehlen.“, so Janne Roehsler.

Über die Jusos Hamburg

Die Jusos Hamburg (Jungsozialist*innen in der SPD Hamburg) sind die Jugendorganisation der SPD Hamburg und mit über 2.500 Mitgliedern der größte politische Jugendverband in der Hansestadt. Es engagieren sich junge Menschen zwischen 14 und 35 Jahren. Gegliedert sind die Jusos in sieben Kreise mit 29 sogenannten Juso-Gruppen. Darüber hinaus bestehen drei Hochschulgruppen an der Universität Hamburg, der Bucerius Law School und der HafenCity Universität sowie eine landesweite Schüler*innen- und Auszubildendengruppe. Die Jusos Hamburg entwickeln und diskutieren junge und wichtige Ideen, organisieren Kampagnen und Wahlkämpfe und bringen die Stimme der jungen Generationen in die SPD und in die Hamburger Politik ein. Die Grundwerte der Jugendorganisation sind Sozialismus, Internationalismus und Feminismus.

Pressekontakt

Jusos Hamburg

Emilian Soares

Landesgeschäftsführer

E-Mail: jusoshamburg@spd.de

Tel.: 040/2808-4813